



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/19 - 23.1.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039890

|   |      |
|---|------|
| Der Bundestag und Berlin                  | S. 1 |
| Nach Eisenhowers Amtsübernahme            | S. 3 |
| H.G.Ritzel, MdB: Das neue Hexeneinmaleins | S. 5 |
| Zum Oldenburger Bischofsstreit            | S. 7 |

## Ohne Verständnis

F.R. In Berlin brennt es lichterloh. Unaufhaltsam wächst der Strom der Flüchtlinge aus der Sowjetzone unter dem ständig zunehmenden Druck unmittelbarer Lebensnot und Lebensbedrohung in diesem Teile Deutschlands. West-Berlin, selbst in größter Bedrängnis, hat gewaltige Anstrengungen gemacht, dem zu begegnen und setzt sie unermüdlich fort.

So wandte sich die Stadt an den Bund. In einem gemeinsamen Appell des West-Berliner Abgeordnetenhauses wurde empfohlen, den Vorschlag des Bundesrates anzunehmen, nach dem das Aufnahmeverfahren für einen wesentlichen Teil der Flüchtlinge in Bundeslagern vorgenommen werden soll. Das hätte nur Sinn gehabt, wenn man sofort gehandelt hätte. Der Bundestag aber beschloß mit Mehrheit gegen einen entsprechenden Antrag der SPD, das Berliner Verlangen an den Gesamtdeutschen Ausschuß zu überweisen. Jedermann weiß, daß damit dem dringenden Bedürfnis nach sofortiger Hilfe keinesfalls Genüge getan wird. Innerer Wert und äußere Zweckmäßigkeit haben schwer gelitten.

Dafür hatte der Bundestagspräsident die Idee, die 400 Abgeordneten aufzufordern, ihre Kleiderschränke durchzusehen, um den Flüchtlingen auf diese Weise zu helfen. (Im Januar werden

20000 erwartet, in den letzten Monaten kamen durchschnittlich 15000!) Gewiß - in großer Not ist die kleinste Gabe willkommen. Sicher war dies auch das Motiv für diesen Vorschlag, neben dem Wunsch, beispielgebend zu wirken. In jedem anderen Fall hätte man so verfahren können, im Fall des Bundestages nicht, zum mindesten nicht nach dem vorangegangenen Beschluß. Der Bundestag hat eine andere Aufgabe, er ist der oberste Gesetzgeber, er hat es in der Hand, schnell und großzügig zu handeln, wie es der Schwere der Aufgabe entsprochen hätte. Er hat darauf verzichtet. Und es wirkte fast peinlich, dieses Versäumnis durch eine gänzlich unzureichende und deshalb unangebrachte Samaritergeste beschönigen zu wollen.

Und noch etwas: Es paßt ins Bild, daß der Bundeskanzler dem Regierenden Bürgermeister, Ernst Reuter, einige kritische Bemerkungen über die mangelnde Intensität der Bundeshilfe für Berlin und die unzureichende Berücksichtigung gesamtdeutscher Notwendigkeiten und Gesichtspunkte in seiner außenpolitischen Konzeption bitter übel genommen hat. Ernst Reuter hat in Berlin auf schwerstem Posten seine Bewährung erbracht. Er ist ein in der ganzen freien Welt hoch angesehener Mann, ruhig, besonnen, wenn auch mit ganzer innerer Leidenschaftlichkeit seiner Aufgabe hingegeben. Wenn er Vorwürfe erhebt, tut er es nicht leichtfertig. Ihm liegt nichts an der Kritik um der Kritik willen, er verlangt nichts Unmögliches, aber er hält auch nichts von konventionellen Dankesbescheinigungen, für die die Wirklichkeit keinen Anlaß hergibt. Wer mit ihm des Öfteren über diese Dinge gesprochen hat, weiß, wie ernst es ihm darum ist, und wie bitter er sich mehr als einmal über das Bonner Klima und diejenigen beklagt hat, die es bestimmen. Es ist zu vermuten, daß er in der unangebracht empfindlichen Art, wie der Bundeskanzler auf eine sachliche Kritik, mit der er sich sachlich hätte auseinandersetzen sollen, reagierte, nur eine betrübliche Bestätigung seiner eigenen kritischen Einstellung sieht.

Alle erwähnten Tatbestände offenbaren bei den verantwortlichen Stellen und auch bei den Koalitionsparteien einen erschreckenden Mangel an Verständnis für die ganz ungewöhnliche Situation Berlins und für die außerordentlichen Notwendigkeiten, die sich zwangsläufig daraus ergeben. Berlin aber ist die Vorstufe zur Wiedererringung der deutschen Einheit und an der Behandlung Berlin offenbart sich der Wille zur deutschen Einheit.

Wachtablösung - und was dann ?

H.St. - New York

Seit dem 20. Januar ist Dwight D. Eisenhower Präsident der Vereinigten Staaten. Sowie die neuen Kabinettsminister, Unterstaatssekretäre, Botschafter, ministerielle Abteilungsleiter, Direktoren von selbständigen Bundesämtern und sonstige Mitglieder der Washingtoner neuen "Ersten Garnitur" vereidigt sind, kann die große Wachtablösung vom Regime Truman zum Regime Eisenhower als abgeschlossen gelten, und eine neue Periode der amerikanischen Geschichte kann beginnen.

Der Einfluß der "Sparfraktion"

Politiker, die es eilig haben, zogen vor, nicht so lange zu warten. Sie weihten die "neue Ära" schon mehrere Wochen vor Eisenhowers Einweihung im Amte ein. Der erste Gesetzentwurf, der auf dem Tisch des Hauses in der neuen Session des Kongresses deponiert wurde, stammt von dem republikanischen Sprecher in Steuerfragen, Abgeordneten Reed-New York und fordert eine radikale Senkung aller Einkommensteuern um durchschnittlich 11%. Präsident Eisenhower und sein neuer Finanzminister, Schatzsekretär Humphrey, dürften bei dieser Nachricht redlich erschrocken sein, denn Eisenhower hat mehrfach erklärt, er werde zunächst einmal für ein ausbalanciertes Budget sorgen, und dann erst, vielleicht erst nächstes oder übernächstes Jahr, an Steuererleichterungen denken; da der noch von Truman vorgelegte Voranschlag für das kommende Fiskaljahr (1. Juli 1953 bis 30. Juni 1954) mit einem kräftigen Defizit schließt und den Senkungen der Ausgaben gewisse Grenzen gesetzt sind, läßt sich wirklich nicht erkennen, wie man diese beiden Fliegen, den Ausgleich des Budgets und die Senkungen der Einkommensteuern, mit einer Klappe schlagen kann. Aber in Steuer- und Haushaltsfragen liegt die Entscheidung beim Kongreß; der Präsident kann nur vorschlagen, mahnen, bitten und warnen. Und bei den meisten Republikanern und einzelnen Südstaaten-Demokraten, die sich ebenfalls zu der "Sparfraktion" rechnen, dürfte der Eifer, die Steuern zu senken und damit ein Wahlversprechen zu erfüllen, über die Mahnungen der Regierung hinwegsehen.

Schwere Kämpfe zu erwarten

Diese Frage der Steuerhöhe und des Haushaltsausgleiches ist eine der politischen Fragen, die ihre Schatten auf die "Wachtablösung" des 20. Januar warfen und um die es demnächst schwere Kämpfe geben wird. Es ist in Amerika letzthin Mode geworden, auf die bevorstehenden und sicher zu erwartenden Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten zwischen der republikanischen Kongreßmehrheit und dem neuen republikanischen Präsidenten, d.h. zwischen Taft und Eisenhower, hinzuweisen und düstere innenpolitische Krisen zu prophezeien. Nun ist es zweifellos richtig, daß es solche Meinungsverschiedenheiten gibt und daß Konflikte zwischen dem Kapitol, dem Sitz des Kongresses, und dem Weißen Hause, in dem der Präsident residiert, zu erwarten sind; aber solche Konflikte gehören eigentlich zur amerikanischen Tradition und es ist ihr Ausbleiben, d.h. eine gelegentliche Harmonie zwischen beiden Organen, das die Ausnahme bildet. Die bevorstehenden Konflikte, mögen sie innen- oder außenpolitischer Natur sein (und beides steht

vermutlich bevor!) werfen also an sich noch keinen charakteristischen Schlagschatten auf die Wachtablösung - und eben so noch nicht auf die regierende neue Garnitur.

#### Siebzehn Millionäre und ein "Spengler"

Man gibt sogar noch nicht einmal ein klares Bild, wenn man Eisenhowers neues "Team" als reaktionär und großkapitalistisch bezeichnet. In Amerika geht ein etwas zynisches Witzwort um, das die neue Regierung kennzeichnen soll: Sie bestehe, sagt man, aus siebzehn Millionären und einem Spengler; der eine Spengler ist der neue Arbeitsminister Durkin, ein AFL-Gewerkschaftler, Demokrat und im Wahlkampf Stevenson-Anhänger, der aus der Rohrleger-Gewerkschaft hervorgegangen ist. Das Witzwort ist der Sache nach völlig richtig: Eisenhower hat sich vorwiegend mit Leuten umgeben, die führende Direktoren führender Industriekonzerne oder Großbanken sind, und ein Großteil von ihnen steht anscheinend rechts vom Präsidenten, d.h. innenpolitisch näher an Taft als an Eisenhower.

Aber Großindustrielle und Bankiers, die einmal eine zeitlang ihren Beruf an den Nagel hängen und ein Regierungsamt annehmen, hat es in Amerika immer gegeben - auch Roosevelt und Truman hatten immer einige von ihnen in ihrem Kabinett; und manche dieser Millionäre, z.B. Harriman und Stettinius, erwiesen sich als fortschrittlich denkende, weittlickende und sozial empfindende Staatsmänner mit kühnen modernen Ideen. Ausserdem muß man gerechterweise hinzufügen, daß Eisenhower auch einige "Nicht-Millionäre" herangezogen und darunter sogar ein paar ganz vorzügliche Köpfe in den Staatsdienst geholt hat: Der neue Landwirtschaftsminister Benson, z.B., der aus der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung kommt, und der neue Hohe Kommissar in Bonn, James Conant, einer der angesehensten und respektiertesten Bürger des Landes.

#### Der Brain Trust fehlt

Aber diese brillianten Köpfe sind nicht in Positionen eingesetzt worden, in denen sie "planen" können - und hier kommen wir zu dem Punkt, der bedenklich stimmt. Eisenhower hat vorzügliche Administratoren und Organisatoren um sich gesammelt, vermutlich die besten des Landes - aber keine "Denker", er hat keinen beratenden "Brain Trust" neben sich, dem Roosevelt alle seine Reformideen verdankte, und er hat im Grunde niemanden, der für ihn die großen Richtlinien der Politik ausarbeitet und die großen Ideen in konkrete Formen gießt. Die neue Regierung ist vorzüglich geeignet, eine Politik auszuführen, und sie wird das reibungslos, flott und unbürokratisch tun; aber sie hat keine Instanz vorgesehen, die die Politik erst einmal ausdenkt und formuliert.

Vielleicht ist es dieses eine Bedenken, das im Augenblick der Wachtablösung dem Beobachter der amerikanischen Politik am stärksten in den Sinn kommt. Die Befürchtungen (oder Hoffnungen), daß Amerika mitten in einem gewaltigen Rechtsruck steht und daß die Sozialgesetze abgebaut werden, scheinen weitgehend unbegründet zu sein. Eisenhowers Reden und Erklärungen der letzten Wochen zeigen ihn als einen unkomplizierten, gradlinigen Mann der Mittellinie, der Mäßigung und des Ausgleiches. Auf dieser Linie wird ihm die große Mehrheit des Volkes bereitwillig folgen - und es ist sehr wohl möglich, daß er, ohne kühne Neuerungen aber auch ohne Verluste, das Staatsschiff durch die wilden Wogen der unruhigen Zeit steuern können wird.

## Das neue Hexenmaleins

Von H.G. Ritzel, MdB

Die Bundesregierung, vertreten durch Innenminister Dr. Lehr, hat der Öffentlichkeit Betrachtungen über das geplante neue Wahlgesetz zum Deutschen Bundestag übergeben, es aber unterlassen, diesen Gesetzentwurf nebst Begründung gleichzeitig dem Bundestag zuzuleiten. Offensichtlich ist sich das Kabinett über die letzten Formulierungen des Gesetzentwurfs noch nicht einig. Man nennt diesen beabsichtigten Entwurf das "Eins-zwei-System", um damit zu sagen, daß der Wähler auf dem Stimmzettel zwei Stimmen abgeben könne: Eine Haupt- und eine Hilfsstimme. Je tiefer man anhand der bis jetzt vorliegenden Unterlagen in diese Winkelzüge eindringt, desto größer ist das Befremden darüber, daß eine dem Volke verantwortliche Bundesregierung es wagt, einen derartigen Vorschlag zu entwickeln. Diese geschraubte, gekünstelte Idee macht aus eins nicht nur zwei, sondern plant noch Schlimmeres! Es ist das Koalitionsicherungsgesetz für "artverwandte Parteien", dazu bestimmt, die Herrschaft der heutigen Koalitionsparteien auf unabsehbare Zeit aufrechtzuerhalten. Eine nüchterne Betrachtung ergibt folgende Feststellungen:

### Personenwahlfeindlich und blockbildend

Nach dem bisherigen Wahlgesetz wurden 60% der Abgeordneten oder 245 Kandidaten direkt nach dem Prinzip der relativen Mehrheit in den einzelnen Wahlkreisen gewählt, dazu 157 Abgeordnete oder 40% über die Landeslisten nach dem Verhältniswahlssystem, mithin insgesamt 402, zu denen noch 19 Berliner Abgeordnete kommen. Künftig sollen 82 Abgeordnete mehr gewählt werden, also statt 402 (ohne Berlin, dessen Berücksichtigung noch nicht feststeht) 484 und zwar 242 direkt und 242 über die Bundesliste. Eine sachliche Rechtfertigung für die Erhöhung der Abgeordnetenzahl besteht, solange die gesamtdeutsche Frage nicht gelöst ist, nicht. Die Bundesregierung verurteilt grundsätzlich das reine Verhältniswahlrecht und behauptet, von der Wünschbarkeit der Personenwahl auszugehen. Sie setzt die Personenwahl gleich der Mehrheitswahl und erklärt, das Bestreben des Gesetzentwurfs sei, ein Gleichgewicht zwischen den Elementen der Mehrheitswahl und der Verhältniswahl herzustellen.

Die Schlüsse, die sie aus dieser Betrachtung zieht, wirken paradox: Das bisherige Verhältnis (60% Mehrheitswahl und 40% aus Landeslisten) bezeichnet die Regierung als willkürlich. Dann aber ändert sie selbst willkürlich und zum absoluten Nachteil des Prinzips der Mehrheitswahl das Verhältnis derart, daß für diese statt der bisherigen 60% nur noch 50% aller Sitze verbleiben, während gleichzeitig das Prozentverhältnis der Verhältniswahl von 40% auf 50% erhöht wird! Um diesen Eindruck zu verdecken, erhöht die Regierung die Abgeordnetenzahl von 402 auf 484! Falsch ist auch die Behauptung des Bundesinnenministers, das jetzige Wahlgesetz betone zwar den Personencharakter, sei aber ein reines Verhältniswahlrecht. Weder die gesetzlichen Bestimmungen noch die tatsächlichen Beziehungen zwischen Wählern und Abgeordneten rechtfertigen diese Unterstellung. Der vorliegende Gesetzentwurf aber ist personenwahlfeindlich und enthält im Gegenteil den Zwang zur Blockbildung der Parteien! Nebenbei bringt er bis auf ganz geringe

Ausnahmen die Vernichtung der bisher möglichen unabhängigen, d.h. nicht parteiangehörigen Kandidaturen. Durch eine 5%-Klausel auf Bundesebene wirft er kleinere Parteien wie Bayernpartei, Zentrum, WAV und wahrscheinlich auch die Kommunisten aus dem Rennen, während beispielsweise die Deutsche Partei begünstigt wird.

### System der Unklarheit

Der Wähler soll zwei Arten von Stimmen abgeben können: Eine Hauptstimme und eine Hilfsstimme. Er soll in den Kreis hinter dem Namen seines erwählten Kandidaten eine Zahl schreiben, die gelten soll, wenn sein Kandidat nicht durchkommt. Diese Hilfsstimme soll dem Kandidaten zugute kommen, den er mit der in den Kreis gesetzten Nummer bezeichnet hat. Nach Dr. Lehr sind die Regierungsparteien "artverwandt", sie wollen sich also gegenseitig durch Hilfsstimmen in den Sattel heben. Die Wähler sind vielleicht anderer Ansicht, sie werden wohl als Demokraten nicht ohne weiteres bereit sein, ihre Hilfsstimme einem ehemaligen prominenten Pj und Neodemokraten zu geben, oder katholische Wähler werden nicht entzückt davon sein, einen protestantischen Kandidaten in den Sattel zu helfen und umgekehrt. Mit seiner Hauptstimme soll der Wähler den eigentlichen Kandidaten wählen. Siegt dieser nicht, dann sind die für ihn abgegebenen Stimmen im Wahlkreis verloren und durch die Hilfsstimmen kommt ein ganz anderer Kandidat zum Zug, den der Wähler gar nicht wollte. Die Hauptstimmen kommen dann der geplanten Bundesliste zugute und zwar der Partei, für deren Bewerber im Wahlkreis sie abgegeben wurden. Die Stimmen für unabhängige Kandidaten, die sich keiner Partei attachieren, sind völlig verloren, wenn der Kandidat nicht siegt. Und siegen kann er nur, wenn er die absolute Mehrheit erringt, während die Manipulation mit den Hilfsstimmen auch den Sieg mit nur relativer Mehrheit erlaubt.

Die Bundesliste erlaubt Listenverbindung zugunsten "artverwandter Parteien". Sämtliche abgegebenen Hauptstimmen (auch die bereits für erfolgreiche Kandidaten in den Wahlkreisen abgegebenen Hauptstimmen!) werden zusammengezählt. Die Regierungsparteien beabsichtigen laut Dr. Lehr einen "internen Proporz", d.h., sie wollen sich durch Listenverbindung die höhere Teilungszahl nach dem System d'Hondt sichern. Die Bedeutung der Stimmen gegnerischer Kandidaten und Parteien wird erneut dezimiert und das Bestimmungsrecht des Wählers bei Verwertung seiner Stimme wird durch die Entscheidung der Manager ersetzt!

Was sagt der Wähler zu diesem "Wahl-Recht"? Wie soll er mit dieser Geheimwissenschaft einig werden? Wieviel Durcheinander, Unklarheiten, wieviel ungültige Stimmen würde es geben? Wie soll in kleinen Gemeinden angesichts der verlangten handschriftlichen Betätigung der Wähler das Wahlgeheimnis gewahrt werden? Und wie stellt sich die Bundesregierung die Wahrung der Grundrechte mit einem solchen Wahlgesetz vor? Kann sie glauben machen, daß Wahlen nach diesem System unmittelbar sind, daß die Stimmenbe- und -verwertung gleich sein würde? Ist es nicht viel ehrlicher und vernünftiger, es bei dem jetzigen übersichtlichen und klaren Wahlgesetz zu belassen?

Der Bundesinnenminister muß weit ausholen, um eine vergleichbare Wahlrechtsregelung zu zitieren - Australien soll ein solches Gesetz haben. Kein Wort gegen Australien, aber, Hand aufs Herz: Brauchen wir ein Känguruh-Gesetz? Wir meinen, daß die deutschen und europäischen Wahlgesetze und Erfahrungen bessere Stützschwänze bieten!

Hie gut Oldenburg allerwegen

E.A. Niedersachsen hat acht Regierungsbezirke. Zwei davon heißen aber nicht Regierungs- sondern Verwaltungsbezirke, damit sie sich - als ehemalige Länder - unterscheiden von dem damaligen preußischen Provinzgebiet. Eine Konzession, die ebenso wenig die ehemaligen Zwerglandminister versöhnte wie die Namen "Staats"-Theater und die erheblichen Zuschüsse für die Bühnen in Oldenburg und Braunschweig.

Wenn man den Oldenburger Zeitungen und den groß aufgemachten Äußerungen des Oldenburger Landesbundes glauben würde, müßte unter den 900000 Einwohnern des ehemaligen Landes Oldenburg so etwas wie Kriegsstimmung gegen das "zentralistische Terrorregiment" von Hannover vorhanden sein und ein Leser dieser Berichte außerhalb Niedersachsens könnte den Eindruck bekommen, als seien die Oldenburger nahe daran, einen Freiheitskrieg auszurufen.

Was in Wirklichkeit hinter dieser Propaganda steckt, ist recht deutlich zu erkennen, wenn man sich den Streit um die Oldenburger Landeskirche einmal genauer ansieht. Diese ist nämlich bei der Bildung des Landes Niedersachsen nicht "annektiert" worden. Sie blieb selbständig, wie das auch sonst immer so war, wenn Gebietsteile politisch zusammengelegt wurden (daher kommt ja das unübersichtliche Durcheinander in der Organisation der evangelischen Kirche).

Die Oldenburger Landeskirche wollte sich einen neuen Bischof wählen. Ein Kollege des Bundestagspräsidenten Ehlers aber (Ehlers ist auch Oldenburger Oberkirchenrat) hatte die Absicht, selbst Bischof zu werden und brachte es fertig, daß der Heidelberger Theologieprofessor Wilhelm Hahn, den die Synode mit freilich ungenügender Mehrheit zum Bischof wählte, auf sein Amt verzichtete. Dieser Oldenburger Geistliche heißt Cloppenburg. Bundestagspräsident Ehlers, Cloppenburg und der Theologe Dr. Hans Schmidt bilden den Oberkirchenrat von Oldenburg. Für Ehlers amtiert zur Zeit als Stellvertreter ein Dr. Richard Schmidt. Inzwischen hat Oberkirchenrat Cloppenburg freiwillig für drei Monate auf die Ausübung seines Amtes verzichtet.

Die Synode hat einen Ausschuß mit der Aufgabe betraut, einen neuen Vorschlag für die Bischofswahl auszuarbeiten.

Die Kirche ist selbständig und kann sich ihre Häupter wählen wie sie will. Man brauchte von dem Oldenburger Kirchenstreit keine Notiz zu nehmen, würde er nicht ein helles Licht auf die Oldenburger Zustände schlechthin. Man redet von Gott und meint die persönliche Macht; man redet von unterdrückten Menschenrechten und zentralistischer Gewaltherrschaft, die Hannover ausübt, und meint die Oldenburger Ministerstellen, die es nicht mehr gibt und die man wieder haben möchte. (Der Regierungspräsident, Verzeihung, der "Verwaltungspräsident" von Oldenburg läßt sich heute viel häufiger mit "Staatsminister a.D." als mit Verwaltungspräsident titulieren).

Wie es im Lande Oldenburg politisch aussehen würde, wenn dieses Land, das halb so viel Einwohner hat wie Hamburg, ein selbständiges Bundesland wäre, das kann man an dem brutalen Machtkampf in der Oldenburgischen Landeskirche erkennen. Hier geht es statt um Seelsorge in Wirklichkeit um gut bezahlte und einflußreiche Stellen. Um sie wird mit allen Mitteln auch mit moralisch sehr anrüchigen, gekämpft.

In den nächsten Tagen kommt der ehemalige Reichskanzler Luther nach Niedersachsen, der vom Bund beauftragt wurde, Vorschläge für eine Neugliederung des Bundesgebietes zu machen. Seit Wochen bemüht sich der Oldenburger Landesbund um Luther, um ihn davon zu überzeugen, daß in seinem Gutachten an erster Stelle die Wiederherstellung der oldenburgischen Selbständigkeit stehen muß. Es scheint nötig zu sein, daß sich die Landesregierung die Hintergründe dieses Rummels einmal genauer ansieht. In der niedersächsischen Bürokratie ist es anscheinend nicht so, wie es bei einer guten Landesregierung, die weiß, worauf es ankommt, sein sollte.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau